

aufschlußreich und instruktiv. Sie werden durch Arbeitsgruppen der Parteileitung erarbeitet. Sie enthalten Einschätzungen der Vorbereitung und des Inhalts der Mitgliederversammlungen, der Auswertung im gesamten Arbeitskollektiv bzw. der Parteigruppe und ähnliche Aussagen.

Welche Gesichtspunkte legt die Parteileitung diesen Einschätzungen im einzelnen zugrunde?

Im Vordergrund steht die Frage, wie die Genossen politisch-ideologisch ausgerüstet werden, wie ihre parteimäßige Erziehung in der Mitgliederversammlung bzw. Parteigruppenberatung gesichert wird. Weiterhin vergleichen wir, wie die einzelnen APO-Leitungen es verstehen, möglichst viele Genossen in die Vorbereitung der Mitgliederversammlung einzubeziehen und ein lebendiges praxisnahes Referat zu erarbeiten, welches der exakten Erfüllung der Beschlüsse der Partei dient. In diesem Zusammenhang vergleichen wir auch den Inhalt der gefaßten Beschlüsse bzw. erteilten Parteaufträge. Hinzu kommt noch die Bewertung der Beteiligung an der Mitgliederversammlung. Weiterhin werden in diesen Analysen all die Hinweise, Vorschläge und Kritiken aus den einzelnen APO erfaßt, die im Betrieb von den verantwortlichen staatlichen Leitern bearbeitet werden müssen, soweit sie nicht durch die Parteileitung selbst erledigt werden. In jedem Falle kontrolliert die Parteileitung die Erledigung.

Eine Methode zur Sicherung der Kontinuität der Leitungstätigkeit zwischen den einzelnen Mitgliederversammlungen sind die Treffs in den sieben Informationsstützpunkten des Betriebes. Mindestens einmal wöchentlich treffen sich die Parteileitungsmitglieder mit den verantwortlichen Genossen staatlichen Leitern, um sich über die aktuellen innen- und außenpolitischen, aber auch die betrieblichen Probleme zu unter-

halten. Dabei werden Antworten auf betriebliche Fragen und Argumente dahingehend überprüft, ob sie genügend aussagen und überzeugen. Diese Genossen beraten diese Probleme dann am nächsten Tag in den sieben Informationsstützpunkten der BPO. Dazu erscheinen die jeweiligen APO-Sekretäre und deren Stellvertreter, alle Parteigruppenorganisatoren sowie ein Genosse der AGL, in der Regel der AGL-Vorsitzende.

Diese Beratungen finden meistens vor Arbeitsbeginn statt. Es werden höchstens zwei oder drei Fragen diskutiert, damit die Antworten gründlich besprochen werden können. Danach werten die Teilnehmer diese Anleitung in ihren Leitungen aus und treten selbst in den Parteigruppen und in Gesprächen am Arbeitsplatz auf. Schon nach wenigen Stunden ist auf diese Weise eine einheitliche Information im gesamten Betrieb gesichert. Aber nicht nur von oben nach unten. Gleichzeitig wird dabei auch eine genaue Rückinformation organisiert, indem die Teilnehmer an den Stützpunktinformationen auch die Berichtsfragen erhalten, die die Parteileitung für die Einschätzung der Lage benötigt. Das trägt ebenfalls zu einer gründlichen Einschätzung der Lage, der Stimmungen und Meinungen im Betrieb bei. Das wiederum ist ständig der erste Tagesordnungspunkt der Leitungssitzungen der BPO mit entsprechenden operativen Maßnahmen für die weitere politische Massenarbeit.

Gegenwärtig spiegeln die Mitgliederversammlungen besonders stark das Bemühen der Parteigruppen und APO wider, allen Genossen bei der Erfüllung der persönlichen Pläne zu helfen.

Martin Petrick
Parteisekretär
im VEB Waggonbau Görlitz

Tatsachen zum Imperialismus

Die Unfallquote ausländischer Arbeiter beträgt im Verhältnis zu ihren einheimischen Kollegen etwa 2,5 : 1. In Bereichen mit besonders gefährvollen Arbeiten liegt diese Quote noch höher. Bei der Bundesbahn beträgt sie beispielsweise 4,5 : 1.

0 Ausländische Arbeiter sind ein bevorzugtes Ziel von Wucherern und Spekulanten.

So berichtete die BRD-Zeitschrift „Blick in die Wirtschaft“: „Gastarbeiterfamilien müssen in Westdeutschland für wesentlich schlechter ausgestattete Wohnungen erheblich höhere Mieten zahlen als deutsche Familien, im Durchschnitt zahlen sie 31 Prozent mehr.“

4) Die demokratischen Mitspracherechte der „Gast-

Tatsachen «am Imperialismus

arbeiter“ sind noch eingeschränkter als die der einheimischen Kollegen.

Nach den Betriebsrätewahlen in der BRD-Metallindustrie 1972 sind nur 131 ausländische Arbeiter in Betriebsräten tätig. Entsprechend ihrem Anteil an den Gesamtbeschäftigten hätten sie mindestens 2000 Vertreter stellen müssen.

0 Ein nicht geringer Teil der Wirtschaftskraft der BRD beruht auf den Leistungen der „Gastarbeiter“. Das bestätigte faktisch der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit mit den Worten: „Wir brauchen ausländische Arbeitnehmer. Wenn wir keine Gastarbeiter hätten, dann müßten wir auf etwa 10 Prozent unseres Lebensstandards verzichten.“ (IPW)